

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich außer an Feiertagen, 5 Uhr für den gew. Tag, Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2,30 Mk., bei Postbestellung 2 Mk. 50 Pf. pro Monat. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 1 Mk. 50 Pf. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2 Mk. im Monat. Die Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weßten, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Charandt, Finanzamt Rastten.



Verlagspreis: Die 4-spaltige Nummer 20 Halbpennig, die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Halbpennig, die 3-spaltige Bekanntmachung im letzten Teil 100 Halbpennig. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei Ausgabestellen 1 Mk. 50 Pf. im Monat, bei Zustellung durch die Post 2 Mk. im Monat. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weßten, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Charandt, Finanzamt Rastten.

Nr. 247. — 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff, Dresden Postfach Dresden 2640 Donnerstag, den 21. Oktober 1926

## Britische Reichskonferenz.

Das Britische Weltreich ist ganz eigenartig aufgebaut; es gibt über seinen Zusammenhalt in der Hauptsache nur ein Gewohnheitsrecht, kaum eine gesetzliche Bestimmung. Besonders das Verhältnis des Mutterlandes zu den sog. „Dominions“, also zu Kanada, Südafrika, Australien und Neuseeland, in gewisser Beziehung auch zu Indien, ist außerordentlich elastisch, mehr auf Verbindungen gleicher Abstammung, gemeinsamen Blutes gegründet. Persönliche Beziehungen treten hinzu, durch die Weltreise des englischen Thronfolgers befestigt und gefördert. Stolz fühlen sie sich alle rings um den Erdball als Engländer, als Mitglieder des „greater Britain“, des „größeren Britanniens“, wie vor 25 Jahren der Einberufer der ersten Reichskonferenz, Chamberlain, der Vater des jetzigen Außenministers, feststellen konnte. Der Weltkrieg hat hierfür auch vieles getan.

Trotzdem wird es auf der soeben in London eröffneten Reichskonferenz nicht an Schwierigkeiten fehlen, weil die Selbstständigkeitsgefühle der Dominions — nicht zuletzt wegen ihrer starken militärischen Hilfeleistungen im Weltkrieg — immer stärker anwachsen. Das gilt für Kanada, ganz besonders aber für die Südafrikanische Union, für die der Premierminister B. S. P. H. Smuts erschienen ist. Es ist nur ein äußeres Zeichen einer stark drängenden Entwicklung, wenn man in Südafrika sich eine eigene Flagge schaffen will; aber nicht angenehm vermerkt wurde in London, daß die Annäherung zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten eine immer größere geworden ist, daß Kanada nicht bloß das Bestehen eines 100-jährigen Friedens mit den Vereinigten Staaten zusammen feierte, sondern sogar einen eigenen Gesandten nach Washington entsandte. Dafür ist aber Australien desto loyaler; sieht diesem fernsten Dominion doch der Japaner auf dem Nacken. Der Versuch der Dominions, auf die englische Politik, auf Locarno und die dort vereinbarten außenpolitischen Verpflichtungen Englands einen Einfluß auszuüben, ist ebenso gescheitert wie die Absicht, in Genf eine größere Rolle zu spielen. Bei den riesigen Ausmaßen dieses Weltreiches, das die Erde umspannt, ist es aber nur durch die Elastizität des vereinigen Bundes bisher möglich gewesen, die kontinental-europäische Politik des Mutterlandes mühsam mit den Interessen der ferngelegenen Länder auszubalancieren.

Der englische Ministerpräsident Baldwin hat bezeichnenderweise in seiner Eröffnungsrede sofort die Frage der Außenpolitik des „greater Britain“ im Anschluß an die Locarnoabmachungen zum Hauptgegenstand der Debatte erhoben. Weltwirtschaftliche Angelegenheiten wie die des soeben veröffentlichten internationalen Wirtschaftsmanifests kommen hinzu; denn bekanntlich treffen die dort gemachten Vorwürfe einer Zoll- und tarifpolitischen Bevorzugung künstlich geförderter Industrien besonders für das Verhältnis Englands zu seinen Kolonien zu. Die Aufnahme des Manifests, das freilich in der Hauptsache ein kontinental-europäisches Ziel hat, ist ja zurückhaltend; aber schließlich ist's doch gerade England gewesen, von dem die Anregung zu der ganzen Aktion ausgegangen ist. Schon lange ist es aber auch das Ziel dieser Außenpolitik Englands, in London eine stärkere Vertretung ihrer Interessen zu haben; dahinstrebende Versuche, wie beispielsweise der Vorschlag, ein gewisses Wahlrecht zum Unterhaus zu erhalten, sind bisher gescheitert, haben auch keine Aussicht auf Erfolg. Indien, das größte Kronland, hat eine solche Vertretung wenigstens im Kabinett. Aber gerade die auf einen ganzen Monat berechnete Aussprache dieser Reichskonferenz soll zweifelslos Mittel und Wege finden, einen Ausgleich herbeizuführen, aber, wie seit hundert Jahren, nicht durch Beschlüsse und Mehrheitsentscheidungen, sondern in Form freier Vereinbarungen.

## Der Ministerbesuch in Doorn.

Eine holländische Erklärung. Die in Amsterdam erscheinende holländische Zeitung „Allgemeines Handelsblatt“ betont in einem offenbar auf amtlichen Informationen beruhenden Artikel, von Seiten der niederländischen Regierung werde die kürzlich abgegebene Erklärung vollkommen aufrechterhalten, daß von einer Abreise des früheren Kaisers keine Rede sei. Der jüngste Besuch des Ministers des Innern in Doorn sei einer der gewöhnlichen monatlichen Besuche gewesen und stehe in keiner Verbindung mit einer möglichen Abreise des Kaisers aus Holland. Es sei aber auch unrichtig, daß die niederländische Regierung in dieser Frage gegenüber den Großmächten Verpflichtungen eingegangen sei.

In den in der deutschen Presse geäußerten Vermutungen, die englische Regierung habe in bezug auf die etwaige Rückkehr des ehemaligen Kaisers auf offiziellem Wege im Haag Erkundigungen einzuziehen wollen, vernimmt der „Telegraaf“ von zuständiger Seite, daß die englische Gesandtschaft im Haag keinerlei derartige Schritte unternommen und auch diesbezüglich keinerlei Instruktionen von der englischen Regierung erhalten habe. Ein höherer niederländischer Grenzbeamter antwortete auf die Frage eines Pressevertreters, was er tun würde,

## Das neue österreichische Kabinett.

### Dr. Seipels Ministerliste.

Die prodeutsche Politik Österreichs. Der an Prälat Dr. Seipel ergangene Ruf zur Bildung eines neuen Ministeriums ist von ihm sofort in die Tat umgesetzt worden. Dr. Seipel wird dem Nationalrat folgende Ministerliste vorlegen: Bundeskanzler und Außenminister: Dr. Seipel; Vizkanzler und Justizminister: Dr. Dinghofer (Großdeutsch), an Stelle des bisherigen Ministers Dr. Waber; Finanzen: Dr. Riebenböck (Christlichsozial); Unterricht: Dr. Schmitz (Christlichsozial); Handel: Dr. Schürff (Großdeutsch); Ackerbau: Thaler (Christlichsozial); Seereswesen: Vaugoin (Christlichsozial); Soziale Verwaltung: Dr. Resch (Christlichsozial).



Dem Eintritt des Führers der Großdeutschen Partei und derzeitigen Präsidenten der Nationalversammlung, Dr. Dinghofer, in das Ministerium auf den Posten des Vizkanzlers wird in politischen Kreisen große Bedeutung beigelegt. Das neue Kabinett Seipel betont damit sehr scharf seine politische Stellung gegenüber Deutschland. Die prodeutsche Politik Österreichs soll also noch stärker betont werden als bisher, da Dr. Dinghofer bekanntlich als der hervorragendste Führer des Anschlußgedankens gilt. Mit der Beiräumung Dr. Dinghofers ist auch den Sozialdemokraten ein Angriffspunkt gegen das Kabinett genommen, da durch den Eintritt des Führers der Großdeutschen zum Ausdruck gebracht wird, daß der politische Einfluß Dr. Riebenböcks, der wieder das Finanzportefeuille übernimmt, nicht mehr ausschlaggebend ist. Unterrichtsminister wurde Dr. Schmitz, der im letzten Kabinett Seipel das Ministerium für soziale Verwaltung innehatte. Die übrigen Ressorts bleiben bei den alten Ministern aus dem Kabinett Ramek. An Stelle Dr. Dinghofers präsentiert die Großdeutsche Partei den seinerzeitigen Vizkanzler, Dr. Waber, als Präsidenten der Nationalversammlung.

wenn der Erbkaiser plötzlich die niederländische Grenze überschreiten wollte: „Ich werde ihn passieren lassen, wenn er sich legitimieren kann. Ich habe nicht das Recht, ihn anders als jeden anderen Ausländer zu behandeln.“

Der Berliner Korrespondent der amerikanischen Hearst-Presse, Karl von Wiegand, hatte eine Anfrage an das Haus Doorn telegraphiert, ob die Gerüchte über die Rückkehr begründet seien. Darauf ist das folgende Telegramm von Haus Doorn abgegangen: Karpatow, Berlin. Aber ein Ereignis, das Seine Majestät der Kaiser dem Willen der Vorsehung anheimstellen haben, kann selbstverständlich keine Auskunft erteilt werden. Auf allerhöchsten Befehl Graf von Schmettow.

Der Erbkaiser ist zurzeit allein in Doorn, seine Gemahlin weilt in Labau in Schlesien. Der Kaiser sieht sehr gut aus und wird als sehr richtig geschätzt. Immer noch beschäftigt er sich täglich mit Holzarbeiten, um sich die von dem Arzt vorgeschriebene körperliche Arbeit durch Holzhaden und -sägen zu schaffen. Er unternimmt ferner ständig Spaziergänge im Park von Doorn, und zwar in Begleitung seines Adjutanten, von Isemann, der ständig in seiner Umarmung weilt.

## Der Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission vor der Botschafterkonferenz.

Eigener Fernsprechbericht des „Wilsdruffer Tageblattes“. Paris, 21. Oktober. In der am gestrigen Mittwoch stattgefundenen Sitzung der Botschafterkonferenz wurde ein Bericht der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin zur Kenntnis genommen, ohne daß auf Grund desselben irgendwelche Entscheidungen getroffen worden wären. Der Bericht besagt, daß ein Teil der interalliierten Einwände hinsichtlich der Abrüstung Deutschlands noch nicht behoben sei. Der übrige wird betont, daß nach französischer Auffassung seit dem Abgang des Generals von Seeckt eine Erleichterung in den Verhandlungen eingetreten sei. Die Frage der Teilnahme des Sohnes des Kronprinzen an den deutschen Manövern sei noch nicht abschließend behandelt worden. Nach wie vor hält man an dem Standpunkt fest, daß eine Aufhebung der Interalliierten Militärkontrollkommission in Berlin nur dann stattfinden könne, wenn ein interalliiertes Gutachten ausgeprochen habe, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachgekommen sei.

## Abreise der französischen Delegation zu den Saarverhandlungen.

Paris, 20. Oktober. Ein offizielles Komunique teilt mit, daß Cerrons, Direktor der Wirtschaftsverträge beim Handelsministerium, und Arnal, französischer Konsul, als Vertreter des Ministeriums des Auswärtigen gestern nach Berlin abgereist sind. Der Zweck der Reise sei, den provisorischen deutsch-französischen Handelsvertrag vom 5. August in Bezug auf den Warenverkehr zwischen Deutschland und dem Saargebiet zu ergänzen. Diese Ergänzung soll sich hauptsächlich auf die Abänderung des gegenseitigen Zollregimes für die Metallergzeugnisse beziehen und dem internationalen Handelskommen und den Privatverträgen, über die gegenwärtig verhandelt wird, angepaßt werden.

## Italien gegen das Wirtschaftsmanifest.

Rom, 20. Oktober. In der Tribuna schreibt der bekannte Nationalist Georges Davanzoli gegen das bekannte Wirtschaftsmanifest. Er erklärte in seinen Ausführungen, daß die Durchführung des Manifests alle Handelsverträge Italiens illusorisch machen und Italien wirtschaftlich und politisch an die Wand drücken würde. Eine Zumutung, die ein solches Italien niemals annehmen würde. Auch Virginia Gayda, der Direktor des Giornale d'Italia, erklärt sich gegen den Positivismus internationaler Wirtschaftsgruppen. Das Manifest zeige bedenkliche revisionistische Tendenzen. Italien sei durchdrungen vom neuen nationalen Geist und könne sich seinen nationalen Willen zum Aufstieg nicht durch fremde Interessen verkümmern lassen.

## Erneute Annäherung Rumäniens an Frankreich?

Paris, 20. Oktober. Wie der Paris midi meldet, wird Britanu, der Führer der liberalen Partei Rumäniens, eine Reise nach Paris antreten, um den ungünstigen Eindruck zu beseitigen, der durch den Abschluß des rumänisch-italienischen Vertrages entstanden sei. Britanu werde bei der französischen Regierung die Erklärung abgeben, daß die französischen Interessen auf dem Balkan und in Rumänien durch das italienisch-rumänische Abkommen nicht berührt werden.

## Schwerer Orkan über Florida.

London, 21. Oktober. Nach Meldungen aus Jacksonville auf Florida wüthete ein von Cuba kommender Orkan mehrere Stunden über Florida und richtete große Zerstörungen an.

## 600 000 Arbeitslose weniger.

Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms. Der Reichstagsausschuß für Soziale Angelegenheiten beschäftigte sich mit der Erwerbslosenfürsorge. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns leitete die Verhandlungen mit einem Bericht über den gegenwärtigen Stand der Arbeitslosenfrage und die fürsorgemäßigen Maßnahmen der Regierung ein. Er führte aus, daß die Zahl der unterrichteten Erwerbslosen gegen das Frühjahr um rund 600 000 zurückgegangen sei und daß diese Entwicklung anhalte. Dieser Rückgang sei auf die wirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung sei in seinem überwiegenden Teil in der Durchführung begriffen.

Die Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge kämen ganz überwiegend den langfristigen Arbeitslosen zugute. Die einfache Verlängerung der Unterstützung, wie sie vielfach gefordert werde, würde alle Vorteile beseitigen, die eine Arbeitsfürsorge gegenüber der Unterstützung besitze. Die Reichsregierung hätte sich deshalb zu dieser Verlängerung bisher nicht entschließen können, habe sich auch ohne die Genehmigung